

# FNB Gas - Stellungnahme

zum Positionspapier der BK7 zu Grundsätzen für  
Kapazitätsverlagerungen innerhalb des  
Marktgebietes Trading Hub Europe

Berlin, 22. Oktober 2021

## **Über FNB Gas:**

*Die Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V. (FNB Gas) mit Sitz in Berlin ist der 2012 gegründete Zusammenschluss der deutschen Fernleitungsnetzbetreiber, also der großen überregionalen und grenzüberschreitenden Gastransportunternehmen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt der Vereinigung ist der Netzentwicklungsplan Gas, der seit 2012 durch die Fernleitungsnetzbetreiber erstellt wird. Zudem vertritt die Vereinigung ihre Mitglieder auch als Ansprechpartner gegenüber Politik, Medien und Öffentlichkeit.*

*Mitglieder der Vereinigung sind die Unternehmen bayernets GmbH, Fluxys TENP GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH, GASCADE Gastransport GmbH, Gastransport Nord GmbH, Gasunie Deutschland Transport Services GmbH, GRTgaz Deutschland GmbH, Nowega GmbH, ONTRAS Gastransport GmbH, Open Grid Europe GmbH, terranets bw GmbH und Thyssengas GmbH. Sie betreiben zusammen ein rund 40.000 Kilometer langes Leitungsnetz.*

FNB Gas bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu Ihrem Entwurf des Positionspapiers zu Grundsätzen für Kapazitätsverlagerungen innerhalb des Marktgebietes Trading Hub Europe. Gerne nehmen die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) diese Gelegenheit im Folgenden wahr. Die FNB begrüßen die durch die Beschlusskammer 7 (BK 7) angestoßene Diskussion zu Grundsätzen für Kapazitätsverlagerungen und die intendierte branchenweite Vereinheitlichung der hierfür erforderlichen Prozessabläufe. Für die Akzeptanz von Verlagerungsprozessen sowohl auf Seiten der Transportkunden als auch angrenzender Netzbetreiber ist eine transparente, effiziente und zielgerichtete Kapazitätsallokation eine wesentliche Voraussetzung.

Zunächst möchten die FNB betonen, dass ihnen sehr an einem transparenten Prozess zur Kapazitätsverlagerung gelegen ist. In einem Umfeld, welches den diskriminierungsfreien Marktzugang zur Gasinfrastruktur zwingend voraussetzt, sehen die FNB transparente und einheitliche Prozesse als erstrebenswert an. Diese sollten durch ein geeignetes Meldeverfahren unterstützt werden. Ein einheitliches Formular zur Deckung eines angefragten höheren Bedarfs und die daraus ggf. resultierende Meldung von Kapazitätsverlagerungen an die BK 7 kann dabei insbesondere für die langfristige Verlagerung (ein GWJ und länger) eine geeignete Methode sein, um eine beabsichtigte Kapazitätsverlagerung anzuzeigen und die notwendige Begründung dazu nachzuhalten. Die Detailausgestaltung des Meldeformulars wie auch der Prozesse muss sich aber immer auch an den Dimensionen Praktikabilität, operative Zwänge und Zeitbedarf z.B. in Bezug auf Abstimmungs- und Vermarktungsprozesse messen und bewerten lassen. Die FNB teilen die Ansicht der BK 7, dass Einzelfallbetrachtungen weiterhin möglich und durchaus sinnvoll sind, und verstehen daher das Positionspapier – wie im Einleitungsteil des Positionspapiers beschrieben – ebenfalls als Orientierungshilfe.

Das Positionspapier beschreibt auf Seite 5 Anhaltspunkte für einen Kapazitätsüberhang. Dabei werden überwiegend Prozesse erwähnt, die auf Nachfrageanalysen, Buchungsprognosen und z.T. auch auf Netzberechnungen beruhen. Aus unserer Sicht gibt es aber noch weitere Anhaltspunkte, die für eine mögliche Kapazitätsverlagerung relevant sind: z.B. ein erhöhter Kapazitätsbedarf eines Transportkunden. Von daher sollten auch diese Möglichkeiten in dem Positionspapier Erwähnung finden.

Das Positionspapier führt ausführlich in Punkt 4 auf Seite 11 die umfangreichen Informations- und Konsultationspflichten im Fall einer Kapazitätsverlagerung gegenüber diversen Stakeholdern (BNetzA, betroffene Netzbetreiber, Marktakteure, jeweils angrenzende, betroffene Regulierungsbehörden etc.) auf. Die FNB gehen dabei grundsätzlich davon aus, dass der angrenzende Netzbetreiber die Kommunikation mit der eigenen Regulierungsbehörde führt. Die FNB sind davon überzeugt, dass diese umfangreichen Informationspflichten gerade in einem Prozess, welcher die kurzfristige Verlagerung von Kapazitäten zwischen Netzknoten ermöglichen sollte, zeitlich nicht möglich sind. Wie Sie auf Seite 2 richtigerweise festhalten, ist der Kapazitätsausweis nicht als statisch, sondern als dynamisch anzusehen. Gerade die Kapazitätsnachfrage verhält sich, oftmals auch kurzfristig, sehr dynamisch. Sollte einer potenziellen Kapazitätsverlagerung – insbesondere im Kurzfristbereich – ein derart umfassender Konsultationsprozess vorgeschaltet sein, wie von Ihnen im Meldeformular vorgeschlagen, wäre eine etwaige Befriedigung eines Kapazitätsbedarfs nur schwerlich möglich. Die bürokratischen Hürden des Prozesses sollten so gering wie möglich gehalten werden. Die FNB plädieren daher für eine Verschlankung der genannten Informations- und Konsultationspflichten insbesondere für unterjährige Verlagerungen.

Die Notwendigkeit der Kapazitätsverlagerung für die Fallgruppe 1 sieht das Positionspapier auch zwischen den verschiedenen Fernleitungsnetzen innerhalb des Marktgebiets. Dass die von der BK 7 benannte Kooperationspflicht eine eigentumsübergreifende Verlagerung zwischen verschiedenen Netzbetreibern umfasst, sieht die weit überwiegende Mehrheit der FNB vor dem Hintergrund des von Ihnen zur

Begründung angeführten § 20 Abs. 1b S. 5-8 EnWG als nicht gegeben an. Das durch eine optimierte Nutzung der vorhandenen Kapazitäten ein ineffizienter Netzausbau verhindert werden sollte, teilen die FNB. Zudem wäre zu prüfen, ob es Mittel mit geringerem Eingriff für die betroffenen Netzbetreiber gibt, durch die die Bedarfe befriedigt werden können.

Grundsätzlich sollte zwischen bereits bestehenden Bedarfen und potenziellen zukünftigen Bedarfen unterschieden werden. Die zukünftigen Bedarfe sollten im Rahmen der Netzentwicklungsplanung berücksichtigt werden. Somit wäre sichergestellt, dass die Bedarfe hinreichend substantiiert sind sowie dass eine netzbetreiberübergreifende Gesamtbetrachtung bzgl. der Bedarfsdeckung erfolgt. Für aktuell bestehende kurzfristige Bedarfe, für die der NEP-Zyklus aus zeitlichen Gründen kein effizientes Instrument darstellt, sollte das Vorgehen im Einzelfall abgestimmt werden. Umfangreiche Informations- und Abstimmungsprozesse wären in Fällen kurzfristiger Verlagerungen aus FNB Sicht kontraproduktiv, da der Zeitbedarf hierfür mit hoher Wahrscheinlichkeit regelmäßig die kurzfristige Verlagerung unmöglich machen würde. Eine Dokumentation der verlagerten Kapazitäten sollte dennoch stattfinden. Die Auswirkungen FNB-übergreifender Verlagerungen auf andere, nachgelagerte Sachverhalte – z.B. auf den Effizienzvergleich – müssen zudem im Vorfeld sorgfältig analysiert werden und entsprechende Berücksichtigung finden. Zudem merken die FNB an, dass sich die BK 7 hinsichtlich der wirtschaftlichen Zumutbarkeit auf die Festlegungen „REGENT“ und „AMELIE“ bezieht, die noch gerichtlich überprüft werden.

terraneas bw teilt uneingeschränkt die Meinung der BK 7, dass sich aus § 20 Abs. 1b S. 5-8 EnWG eine eindeutige Pflicht zur netzbetreiberübergreifenden Kapazitätsverlagerung im Rahmen der Marktgebietskooperation ergibt. Um eine bedarfsgerechte und möglichst kurzfristige Bedarfsdeckung durch Kapazitätsverlagerung zu ermöglichen, ist aus Sicht der terraneas bw ein speziell für diesen Fall ausgelegter Prozess, wie er im Positionspapier der BK 7 beschrieben ist, sachgerecht.

Eine netzbetreiberübergreifende konkurrierende Vermarktung zur Lösung der in Fallgruppe 2 beschriebenen konkurrierenden Bedarfe würde die FNB und die Betreiber der Kapazitätsbuchungsplattformen vor große Herausforderungen stellen. Auf keiner der Plattformen ist eine konkurrierende Vermarktung zwischen unterschiedlichen FNB bisher implementiert. Hinzu kommt, dass die verschiedenen Kapazitätsbuchungsplattformen plattformübergreifend das konkurrierende Kapazitätsangebot und die entsprechende Nachfrage zusammenbringen müssten. Dabei haben die FNB Bedenken, ob eine jederzeit korrekte Kapazitätsallokation auf diesem Wege gewährleistet werden kann. Eine technische und wirtschaftliche Umsetzbarkeit insbesondere im Hinblick auf die Interaktion zwischen den bestehenden Kapazitätsbuchungsplattformen ist zu prüfen. Überdies ist in diesem Zusammenhang auch zu berücksichtigen, dass durch die Bildung der Virtuellen Kopplungspunkte an nahezu allen Marktraumgrenzen bereits eine gemeinsame Vermarktung der potenziell in Konkurrenz stehenden Netzknoten erfolgt. Darüber hinaus ist zwar im Einzelfall die Konkurrenzvermarktung von Kapazitäten innerhalb eines Marktgebietes denkbar, aber nur nach sorgfältiger Prüfung der einzelnen FNB hinsichtlich Systemintegrität, Netzhydraulik und Versorgungssicherheit. Daher würde wohl nur in den seltensten Fällen ein solches Vermarktungsinstrument als probates Mittel zum Einsatz kommen.

Aktuell bestehen bereits Kooperationen zwischen den FNB zur Kapazitätsverlagerung im Rahmen der Jahresplanung. Diese führen regelmäßig zu einer bedarfsgerechteren Allokation von Kapazitäten und einer Reduktion von alternativ benötigten Instrumenten (bspw. Lastflusszusagen) der begünstigten FNB. Generell erschweren hierbei die unterschiedlichen Kapazitätsvergabemechanismen der verschiedenen Punktarten (GÜP/Speicher vs. LNG/Produktion/NAP vs. IB) eine Standardisierung von Verlagerungen über unterschiedliche Punktarten. Bei diesem Prozess besteht zudem regelmäßig die Schwierigkeit einer

Priorisierung der unterschiedlichen Kapazitätsbedarfe, wie auch auf den Seiten 9/10 des Positionspapieres dargestellt.

Bedarfe in angrenzenden Marktgebieten (also Bedarfe im Ausland) sind bei der Abwägung einer Kapazitätsverlagerung hinreichend zu berücksichtigen. Weiterhin müsste das Positionspapier bezüglich der anzuwendenden Fristen für die Kapazitätsallokationen konkretisiert werden. Hier sind insbesondere die Festlegung KOLA, der IB-Prozess nach der KoV, § 38/39 GasNZV und der NC CAM zu nennen. Dabei ist immer eine Einzelfallbetrachtung pro Punkt erforderlich. Insbesondere besteht die Herausforderung darin, zu bestimmen, ab wann man davon ausgehen kann, dass eine nicht erfolgte Buchung z.B. am VIP/GÜP als ein reduzierter Kapazitätsbedarf an diesem Punkt angesehen werden kann. Die FNB möchten hierzu zudem auf den aktuell laufenden FUNC-Prozess „Greater flexibility to book firm capacity at IPs“ (ID: 01/2020) hinweisen, durch dessen Umsetzung eine Vielzahl weiterer Auktionszeitfenster für Jahres-, Quartals- und Monatsauktionen etabliert werden würde.

**Ansprechpartner:**

Inga Posch  
Telefon: +49 30 921023-510  
Inga.Posch@fnb-gas.de

Jeremias Pressl  
Telefon: +49 30 921023-513  
Jeremias.Pressl@fnb-gas.de